

Inhaltsprotokoll

Presseöffentliche und auswärtige Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung

11. Sitzung
22. Juni 2022

Beginn: 17.24 Uhr
Schluss: 17.35 Uhr
Vorsitz: Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0035](#)
Liegenschaften im Bereich Justiz, Vielfalt und [Recht](#)
Antidiskriminierung
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Vorsitzender Sven Rissmann dankt einleitend auch im Namen des Ausschusses für die Planung und Durchführung, vor allem für die spannende Führung durch die Justizvollzugsanstalt Moabit und das Kriminalgericht. Er bitte, Frau Stein und dem Team in der JVA Moabit den Dank für die gute Führung dort auszurichten. Gleiches gelte für den Dank an Herrn Nowak, der den neuen Saal vorgeführt habe und an Herrn Grellmann für die Terminkoordinierung.

Dr. Holger Matthiessen (Präsident des Landgerichts Berlin) spricht seinen Dank aus, dass sich der Ausschuss am heutigen Tag dem Campus Moabit gewidmet habe. Es handele sich um eine historische Liegenschaft, die nach dem Krieg intensiv erweitert worden sei und jetzt einen nur noch sehr schwer übersehbaren Umfang angenommen habe. Andererseits verfüge die Liegenschaft in vielen Bereichen über eine sehr gute Substanz, gerade im Altbau. Vieles müsse aber noch getan werden. Einiges sei schon begonnen worden, beispielsweise mit dem besichtigten Saal A 142. Dieser sei hilfreich gewesen, da während der Pandemiezeit auswärtige

Strafverfahren hätten durchgeführt werden müssen – drei Strafverfahren seien mit sehr intensiver Wachtmeisterbewachung außerhalb des Campus Moabit in der Urania durchgeführt worden –. Trotz dieses Saales könne dies nur erster Schritt sein; der nächste sei dringender. Möglichst bald würde ein weiterer großer Sitzungssaal benötigt, um die vorhandene Knappheit möglichst bald überwinden zu können. Mittelfristiges Ziel sei die Errichtung eines modernen Saalgebäudes, das zwar noch Möglichkeiten zu Verhandlungen im Altbau ermögliche – die historischen Säle sollten nicht aufgegeben werden –, aber den Prozessen, die moderne Technik, Barrierefreiheit und Größe benötigten, entsprechende Säle zur Verfügung stellen könne. Daher sei der nächstliegende Ansatzpunkt aus Sicht des Landgerichts eine Parkhauser-satzbebauung, in der solche Säle gut untergebracht werden könnten.

Ein weiterer Punkt betreffe die problematische Raumsituation. Das Landgericht sei in den letzten Jahren stark gewachsen, da das Landgericht 2017 notleidend und nicht in der Lage gewesen sei, die Haftsachen in der erforderlichen Dichte zu verhandeln und die Nichthaftsachen teilweise überhaupt zu verhandeln. Dank 40 zusätzlicher Richterinnen und Richter sei diese Situation nunmehr überwunden. Diese benötigten jedoch auch entsprechende Räume.

Der **Ausschuss** beschließt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Vorsitzender Sven Rissmann teilt mit, dass die Stellungnahme des Präsidenten mit den dazugehörigen Unterlagen zu dem am Verfassungsgerichtshof rechtshängigen Normenkontrollverfahren zu dem Hochschulgesetz dem Ausschuss im Vorfeld der ersten Sitzung nach der Sommerpause am 7. September 2022 zugeleitet werde. Insofern werde dieses Verfahren auf die Tagesordnung gesetzt.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.